



**Anträge
2016-2020**

**2. Kongress von
industriAll Europe**

**Madrid
7-9/6/2016**



Anträge 2016-2020 von industriAll European Trade Union

Vom 2. industriAll Europe Kongress am 08. Juni 2016 verabschiedet

Als Bedingung für die Erweiterung des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Mexiko muss die Europäische Union einfordern, dass Mexiko die Arbeitnehmer- und Menschenrechte respektiert

Am 24. Mai 2016 haben die Europäische Union und Mexiko angekündigt, ab Juni 2016 Verhandlungen über die Revision des Freihandelsabkommens zwischen beiden Seiten aufzunehmen.

Die Revision dieses Abkommens kann wesentliche Auswirkungen auf die Beschäftigten sowohl in der Europäischen Union als auch in Mexiko haben, insbesondere in Verbindung mit dem umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das bereits ausgehandelt wurde, und der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP), über die gegenwärtig verhandelt wird.

IndustriAll Europe zeigt sich zutiefst besorgt über die sich verschlechternde Menschenrechtslage in Mexiko. Die systematische Verstrickung von Regierungsvertretern und Sicherheitskräften in Fälle gewaltsamen Verschwindens, außergerichtliche Hinrichtungen durch Sicherheitskräfte, Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten und Journalisten, die Verfolgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden – und das Versagen der Regierung, Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen – ist durch die Interamerikanische Menschenrechtskommission, Amnesty International, Human Rights Watch und andere unparteiische Beobachter dokumentiert.

Trotz internationalen Drucks verletzt Mexiko auch weiterhin systematisch internationale Arbeitsnormen wie die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Tarifverhandlungen. Zu den speziellen Sorgen zählen Korruption und Interessenkonflikte in Schieds- und Schlichtungsstellen, die umfassende Verwendung arbeitgeberdominierter „Schutzverträge“ und Verzögerungen bei den Wahlen von Gewerkschaftsvertretungen. Geschlechterdiskriminierung, Kinderarbeit sowie Arbeits- und Gesundheitsschutz sind weitere schwerwiegende Probleme. Diese Verstöße wurden in den Berichten der Aufsichtsgremien der IAO und durch unabhängige Experten umfassend dokumentiert.

IndustriAll Europe ruft die EU-Kommission und die mexikanische Regierung auf, die Verhandlungen transparent und nach Konsultation mit der Zivilgesellschaft, insbesondere der demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Mexiko und der EU, durchzuführen. Angesichts der wiederholten Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten, Journalisten und unabhängige Gewerkschaften in Mexiko sind wir besonders besorgt darüber, dass Maßnahmen ergriffen werden, um diese Stimmen auch tatsächlich einzubinden. Der mexikanischen Regierung darf nicht erlaubt werden, den Verhandlungstext vor den eigenen Bürgern zu verbergen oder simulierte Verhandlungen mit regierungstreuen „zivilgesellschaftlichen“ Organisationen zu führen.

IndustriAll Europe wird diese Bedenken in Abstimmung mit dem EGB, dem IGB und TUCA, IndustriALL Global Union und den mexikanischen Mitgliedsorganisationen gegenüber Mitgliedern des Europäischen Parlamentes und Vertretern der EU-Kommission sowie der nationalen Regierungen vorbringen.